

An den
Bezirkstagspräsidenten
Bezirk Unterfranken
Herrn Erwin Dotzel
Silcherstr. 5

Werneck, den 18.07.2016

97070 Würzburg

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Dotzel,

In der letzten Fachtagung „Sozialplanung und Inklusion“ wurde u.a. über die Entwicklung des bayrischen Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes beraten.

Alle Anwesenden waren sich einig, dass dieses Gesetz auch für den Bezirk Unterfranken erhebliche Bau- und Sanierungsmaßnahmen auf der einen Seite sowie eine erhebliche Kostenerhöhung insbesondere im Bereich der Sozialhilfe mit sich bringt.

Deshalb stelle ich für die Behandlung in der Bezirkstagssitzung am 26.07.2016 folgenden Antrag:

Durch die Verwaltung ist ein langfristiger Maßnahmeplan über mehrere Jahre zu erarbeiten, der den Beginn der Maßnahmen zeitnah, also ab dem Haushalt 2017 vorsieht. Dabei sollten die Maßnahmen sowie die notwendigen finanziellen Mittel in bauliche und Sozialmaßnahmen aufgliedert werden.

Weiterhin beantrage ich die Erarbeitung eines Maßnahmeplanes, der die Pflege älterer und behinderter Menschen zu Hause durch den Bezirk noch mehr als bisher unterstützt.

Diese Pläne sollten dem Bezirkstag zur Abstimmung in seiner Sitzung im Dezember dieses Jahres zusammen mit dem Haushalt 2017 vorgelegt werden.

Begründung:

Ziel des bayrischen Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes ist es meines Erachtens nach, die Unterbringung pflegebedürftiger Menschen in Heimen auf eine neue Qualitätsstufe zu stellen.

Das beinhaltet den Einsatz erheblicher finanzieller Mittel sowohl für die erforderlichen Bau- als auch in Folge für die Sozialleistungen.

Denn mit der Umstrukturierung von Mehrbett- und Einbettzimmer sind die notwendigen Finanzen noch lange nicht abgeschlossen.

Mit der zur Verfügung Stellung von mehr Einbettzimmern als bisher werden auch die Kosten für die Heimplätze steigen. Demgegenüber werden aber die Renten nicht in dem Maße steigen, im Gegenteil, für die Menschen, die in mehreren Jahren in Rente gehen, werden die Renten sogar noch sinken. Dementsprechend sind auch mehr Sozialhilfeanträge als bisher zu erwarten.

Um den Teil der pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörige noch mehr als bisher zu unterstützen, die sich in diesem Zusammenhang für eine Pflege zu Hause entscheiden, sollten auch jetzt schon geeignete Maßnahmen dafür beraten und geplant werden.

Mit freundlichen Grüßen

Angelika Strobel
Bezirksrätin
DIE LINKE